

L1 Lebe, wie du willst: Selbstbestimmt, gleichberechtigt und frei!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.04.2018
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Die Grüne Jugend streitet für ein selbstbestimmtes Leben für alle!

2 Wir setzen uns für echte Gleichberechtigung und das Recht auf individuelle
3 Selbstbestimmung ein.

4 Wir wollen, dass alle frei und selbstbestimmt darüber entscheiden können, wie
5 sie sich kleiden, ob und mit wem sie Sex haben, welche Lebensentwürfe sie für
6 sich wählen, ohne in Armut leben zu müssen und ohne Stigmatisierung ausgesetzt
7 zu sein.

8 Körnernormen: Stop commenting my body!

9 Medien und Gesellschaft vermitteln häufig Körnernormen, die selten der Realität
10 entsprechen, sondern die im Gegenteil sogar Gesundheitsgefahren darstellen
11 können. Kindern und Jugendlichen wird schon früh von ihrem Umfeld vermittelt,
12 welche Körper gesellschaftlich akzeptiert werden, und welche nicht.
13 Darstellungen von (bild)bearbeiteten Models sind in der Werbung omnipräsent. Mit
14 unnatürlich schlanken und unerreichbaren Proportionen wird ein ungesundes Bild
15 als Norm vermittelt. Normale Körperproportionen werden als unakzeptabel
16 dargestellt. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Es führt dazu, dass vor allem junge
17 Mädchen, aber auch immer öfter geschlechtsunabhängig, schon in der Unterstufe
18 anfangen, Diäten zu machen, die insbesondere für Heranwachsende gefährlich sind.
19 Magersucht und psychische Probleme sind ebenso Folgen dieser unrealistischen
20 Körnernormen.

21 Die Gesellschaft muss die freie Entfaltung ihre Persönlichkeit, Selbstvertrauen
22 und Autonomie für alle Kinder und Jugendlichen zum Ziel haben. Diese werden
23 durch die Symptome des Schlangheitswahns behindert. Es sollte daher Aufgabe von
24 Politik und Gesellschaft sein, diese negativen Einflüsse zurückzudrängen.

25 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz ein ähnliches Modell wie in
26 Frankreich, bei dem Werbung mit bildbearbeiteten Menschen als solche
27 gekennzeichnet werden. Dies fördert die Transparenz inwieweit Körnernormen
28 erreichbar oder überhaupt realistisch sind. Ebenfalls sollte eine frühe
29 Aufklärung über ungesunde Körnernormen in allen Bereichen gefördert werden.

30 Vielfalt in die Schulen!

31 Schulen als Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, Kinder auf das spätere
32 Leben vorzubereiten und ein möglichst großes Spektrum an Wissen und Kompetenzen
33 zu vermitteln. Dazu gehört auch, dass Schüler*innen umfassend über vielfältige
34 und bunte Lebensweisen aufgeklärt werden. Themen wie nicht Cis*Heterosexuelle
35 Aufklärung sind leider trotzdem selten in Lehrplänen zu finden. Dies kann zu
36 Unwissen und Voreingenommenheit in der Gesellschaft führen.

37 Durch eine Verbesserung der Lehrpläne in den Bereichen Biologie (Sexualkunde)
38 aber auch im Ethik- und Geschichtsunterricht können wir durch die Behandlung von
39 Themen, wie sexuellen Identitäten, queeren Lebensweisen oder der Geschichte der
40 queeren Bewegung Vorurteile überwinden und für mehr Akzeptanz in der

41 Gesellschaft sorgen. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom
42 10.10.2017, das besagt, dass die aktuelle Regelung zur Geschlechtseintragung
43 verfassungswidrig ist, unterstreicht nochmal eindeutig, dass unser Grundgesetz
44 mehr als zwei Geschlechter kennt. Das Urteil darf aus der Sicht der Grünen
45 Jugend Rheinland-Pfalz jedoch nicht ausschließlich dazu dienen, die stattliche
46 Erfassung des Personenstands zu verändern, sondern sollte ein
47 gesamtgesellschaftliches Umdenken zu Folge haben. Deshalb müssen sexuelle
48 Vielfalt und Identitäten sowie queere Lebensweisen auch umfassend in den
49 Lehrplänen von Rheinland-Pfalz berücksichtigt werden. Die Grüne Jugend
50 Rheinland-Pfalz fordert daher die Landesregierung, insbesondere das Familien-
51 und das Bildungsministerium, auf, den Aktionsplan "Rheinland-Pfalz unterm
52 Regenbogen" gemeinsam mit gesellschaftlichen Initiativen um ein Konzept zur
53 Vielfaltspädagogik in Schulen zu erweitern. Dieses Konzept soll unter anderem
54 Maßnahmen enthalten, wie sexuellen Identitäten und Vielfalt sowie queere
55 Lebensweisen, die über das binäre Geschlechtssystem hinausgehen,
56 interdisziplinär in den Schulunterricht integriert werden. Außerdem soll das
57 Konzept regelmäßige Besuche und Workshops von queeren Initiativen in Schulen
58 fördern und sicherstellen, dass Vertrauenslehrer*innen der Schulen
59 kontinuierlich für die Themen sexuelle Vielfalt und queere Lebensweisen
60 sensibilisiert und geschult werden.

61 Sexarbeit enttabuisieren!

62 Das 2017 erlassene Prostituiertenschutzgesetz ist nicht Schutz, sondern
63 Kontrolle und Überwachung. Ziel sei es, Zwangsprostitution zu verhindern. Wer
64 aber zur Prostitution gezwungen wird kann auch zu einem 30 Minütigen Gespräch
65 gezwungen werden. Mit der Wiederholungspflicht alle 2 Jahre entwickelt sich ein
66 Spießrutenlauf, aber auf keinen Fall das nötige Vertrauen für eine tatsächliche
67 Beratung.

68 Opfer von Menschenhandel sind tatsächlich häufig angemeldet. Dies erweckt den
69 Anschein der Legalität, nicht aber den der Verfolgung der Straftat
70 Menschenhandel. Was auf die Opfer nicht gerade so wirkt als ob ihnen geholfen
71 wird, sondern eher, dass es rechtens ist.

72 Die Zwangsanmeldungen mit Ausweis erzeugen häufig Ängste vor einem Outing. Die
73 Folge: illegales Arbeiten ohne Zugang zu Hilfsangeboten.

74 Auch eine Körperliche Untersuchung ist Teil der Anmeldung. Die Menschen können
75 sich also nicht nur nicht aussuchen bei welchem Arzt sie untersucht werden, sie
76 können, ohne ihren Beruf aufzugeben, dem ganzen auch nicht widersprechen und
77 sind so in dem Zwang einer körperlichen Untersuchung, was definitiv gegen die
78 Selbstbestimmung geht.

79 Das Prostitutionsschutzgesetz sorgt für mehr Bürokratie und stößt gerade bei
80 Sexarbeiter*innen auf Unverständnis.

81 Vertrauensvolle Beratung kann nur auf freiwilliger Basis angenommen werden. Die
82 kurze Zeit bei der Anmeldung ist hier weder zeitlich noch vom Konzept her
83 sinnvoll. Wesentlich hilfreicher wäre eine Unterstützung von Beratungsstellen,
84 zu der die Betroffenen selbstständig und freiwillig kommen. Ebenso Stellen, die
85 die Betroffenen kennen und im Notfall auf sie zukommen können. Das Ganze muss
86 auf Basis von Vertrauen funktionieren und muss folglich fernab von Kontrollen
87 und Bescheinigungen sein.

88 Die Bekämpfung von Menschenhandel und sexualisierte Gewalt ist unser Ziel.
89 Deshalb muss es möglich sein, sich vertrauensvoll an Beratungsstellen, aber auch
90 staatliche Stellen wenden zu können. Dies ist nicht möglich, wenn Prostitution
91 tabuisiert und ein Anliegen der Beratung das nachprüfen, ob sich der/die
92 Sexarbeiter*in strafbar gemacht hat, ist.

93 Alles in allem führt das Gesetz nur zu mehr Bürokratie und dadurch vor allem
94 bei Sexarbeiter*innen mit geringen Deutschkenntnissen zu mehr Unverständnis, als
95 zu helfen und zu unterstützen.

96 Daher fordern wir eine größere Unterstützung von Beratungsstellen, unabhängig
97 von der Anmeldung als Prostituierte. Ebenso wichtig ist es, dass diese Stellen
98 für alle erreichbar sind. Lokale Stellen, ebenso wie mobile, regelmäßig an
99 gleichen Plätzen aufzufindende, Hilfestellen sind eine Möglichkeit.

100 Reproduktive Rechte: Mein Bauch gehört mir!

101 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz tritt für das Recht auf körperliche und
102 sexuelle Selbstbestimmung ein.

103 Wir fordern daher die ersatzlose Streichung des §219a StGB (Verbot der "Werbung"
104 für Schwangerschaftsabbrüche). Es kann nicht sein, dass das Bekanntmachen, dass
105 man als Ärzt*in Schwangerschaftsabbrüche durchführt ein Straftatbestand ist.
106 Ebenso wenig darf es nicht sein, dass Menschen, die Schwangerschaftsabbrüche
107 vornehmen lassen, gesellschaftlicher Diskreditierung über sich ergehen lassen
108 müssen.

109 Queere Rechte

110 Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz sind die Akzeptanz und Gleichstellung von
111 Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter und Queer (LSBTIQ) als
112 Menschenrechte

113 selbstverständlich. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der LSBTIQ die
114 gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Der Grundsatz der
115 Gleichheit aller Menschen ist uns wichtig, unabhängig von Alter, Behinderung,
116 Religion, Herkunft, sexueller oder geschlechtlicher Identität. Deswegen kämpfen
117 wir für den Abbau von Barrieren in jeder Form und echte Gleichberechtigung für
118 alle. Nur gemeinsam in Vielfalt können wir den Schatz unserer Gesellschaft
119 erkennen und für ein friedliches Miteinander einstehen.

120 Mit dem Beschluss der Ehe für alle, die auf einer Bundesratsinitiative aus dem
121 Familienministerium von Irene Alt und Anne Spiegel basiert, wurde im vergangenen
122 Jahr ein großer Schritt in die richtige Richtung gemacht. Mit der Gewährung von
123 dem Recht auf Ehe für alle wird die Akzeptanz gestärkt und gleiche Rechte
124 gegeben.

125 Trotzdem ist es noch ein langer Weg zur Gleichberechtigung. Viele Kleine und
126 Große Dinge sind einfach noch nicht erreicht.

127 Das Transsexuellengesetz ist ein großes, chaotisches, schlecht gemachtes Gesetz
128 und sicher keine tatsächliche Hilfe oder Unterstützung. Durch Schritte wie die
129 Pflicht eines psychiatrischen Gutachtens um einen medizinischen

130 Angleichungsprozess anfangen zu können, aber auch nur, um offiziell den Namen
131 oder das eingetragene Geschlecht ändern zu können, sind Transpersonen gänzlich
132 dem Wohlwollen der beteiligten Personen ausgesetzt. Genauso steht dies entgegen
133 dem Recht auf freie Selbstentfaltung und der Annahme, dass alle Menschen über
134 ihre Geschlechterzugehörigkeit selber bestimmen können.

135 Ein immer noch verstecktes und unbekanntes Thema ist die Genitaloperation bei
136 intersexuellen Kindern. Häufig werden schon intersexuelle Säuglinge nicht
137 medizinisch notwendigen Operationen unterzogen, nur um ihre Genitalien eindeutig
138 männlich oder weiblich zu formen. Das Ganze passiert nur mit dem Einverständnis
139 der Eltern, nicht aber dem der Kinder. Dadurch wird das Selbstbestimmungsrecht
140 klar verletzt.

141 Solange Menschen nicht klar, mit ausdrücklichem Wunsch einer Genitaloperation
142 zustimmen, sollten diese Operationen nicht mehr durchgeführt werden.

143 Deshalb fordern wir die Streichung des Transsexuellengesetzes und der
144 Ausarbeitung eines neuen, inklusiven und auf den Interessen der Betroffenen
145 Menschen basierendem Gesetzes. Im Bundesrat hat unsere Ministerin Anne Spiegel
146 eine Initiative für die dringend notwendige Reform des
147 Transsexuellengesetzes gestartet. Die Grüne Bundestagsfraktion hat bereits in
148 der letzten Legislatur einen Gesetzentwurf zur Anerkennung der selbstbestimmten
149 Geschlechtsidentität, das
150 Selbstbestimmungsgesetz, in den Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf sollte das
151 bestehende Transsexuellengesetz (TSG) ersetzen. Zentral ist darin der Respekt
152 vor der Geschlechtsidentität der Menschen. Das ist ein urliberales Anliegen. Das
153 Recht muss für die Menschen da sein, nicht die Menschen für die Gesetze.

154 Gleichzeitig muss gewährleistet werden, dass die Kostenübernahme für
155 geschlechtsangleichende Maßnahmen weiterhin von der Krankenkasse übernommen
156 wird.

157 Auch der Ausbau an Beratungsstellen muss vorangetrieben werden und Pädagogen im
158 Umgang mit Transsexuellen Kindern geschult werden.

159 Wenn queere Personen von sexueller oder häuslicher Gewalt betroffen sind, haben
160 sie häufig keine oder nur wenig Anlaufstellen. Es ist wichtig, dass es
161 flächendeckend geschützte und professionelle Unterkünfte oder Anlaufstellen für
162 queere Menschen gibt. Wir fordern mehr Geld für diese Unterkünfte und
163 Anlaufstellen, auch in Miteinbezug von queeren Flüchtlingen und ihren Problemen.
164 Die Dunkelziffer über Straftaten gegen LSBTIQ ist laut Expert*innen hoch. Dies
165 liegt daran, dass zum einen die Polizei einen homo- oder transphoben Hintergrund
166 erkennen müssen. Oft werden die Straftaten auch nicht angezeigt, manchmal
167 fürchten die Betroffenen eine weitere Stigmatisierung. Zudem gelangen viele
168 Fälle von Gewalt aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität
169 nicht in die Polizeistatistik des Bundes. Oft kommen sie gar nicht erst zur
170 Anzeige. Manche Fälle werden in den Polizeidienststellen nicht als homo, bi,
171 trans* und interphob erkannt und als anderweitige Delikte fehlinterpretiert. Es
172 gibt zudem für solche Straftaten keine spezielle Kategorie in den
173 Polizeistatistiken. In den Statistiken des Bundes tauchen sie nur als "Politisch
174 motivierte Kriminalität" im Themenfeld "Hasskriminalität", Unterthema "Sexuelle
175 Orientierung" auf. Um die immer noch bestehende Homo-, Bi-, Trans*- und
176 Interphobie transparent und strukturell sichtbar zu machen müssen Straftaten, ob
177 psychischer oder physischer Gewalt, in der polizeilichen Kriminalstatistik

178 gesondert geführt werden. Diese müssen registriert, dokumentiert sowie
179 strafrechtlich verfolgt werden. Rheinland-Pfalz muss sich für eine bundesweite
180 Reform der Kategorisierung in der Polizeistatistik einsetzen. Dies soll im engen
181 Austausch mit der Polizei mitsamt ihrer wertvollen Erfahrungsbasis geführt
182 werden um eine zielführende Kooperation zu ermöglichen.

183 Außerdem muss Artikel 3 im Grundgesetz mit seinem Grundrechtsschutz vor
184 Diskriminierung ausgeweitet werden. Aktuell umfasst dieser Artikel noch nicht
185 die „sexuelle Identität“ als Schutzgrund vor Diskriminierung. Das Land Berlin
186 mit dem grünen Justizsenator Disk Behrendt bereitet zu dieser Erweiterung des
187 Grundgesetzes gerade eine Initiative im Bundesrat vor. Die Grüne Jugend
188 Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, eine solche
189 Bundesratsinitiative zu unterstützen.